

Anfrage

des Abgeordneten Klubobmann Udo **Landbauer**, MA an den Landesrat für Wohnbau, Arbeit und internationale Beziehungen Dr. Martin **Eichtinger** gemäß § 39 Abs. 2 LGO

betreffend: **Das „Verschwinden“ von Aktiva um „die EIGENTUM“ und mögliche Scheinrückstellungen analog zu GESFÖ & Co in der Causa Tojner**

Im Artikel „Millionenschaden: Festnahme im Skandal um 600 Wohnungen“ vom 29.09.2022 berichtet „Der Kurier“ über die Eskalation der Causa um die ehemals gemeinnützige Bauvereinigung „die EIGENTUM“. Es kam u.a. zu mehreren Hausdurchsuchungen. Geschäftsführer Wolfgang U. wurde verhaftet und über ihn die Untersuchungshaft verhängt. Ermittelt wird gegen vier natürliche Personen und sieben Verbände. Die WKStA ermittelt wegen Untreue, schweren Betrugs, betrügerischer Krida, Geldwäsche, illegalem Vermögensabfluss und Verstößen nach dem Kartellrecht sowie Steuerhinterziehung, wie das Medium ausführt.

Im Artikel „Causa "Die Eigentum": FPÖ prüft rechtliche Schritte“ vom 30.09.2022 berichtet „Der Kurier“ über Hintergründe. Wohnbaurat Dr. Eichtinger wird darin folgendermaßen zitiert: *„Im Zuge des Insolvenzverfahrens hat der Masseverwalter festgestellt, dass bei der ‚Eigentum‘ Verrechnungskonten mit unlauteren Zahlungsflüssen vorhanden sind. Der Masseverwalter hat daraufhin eine Rückzahlungsvereinbarung mit der ‚Eigentum‘ getroffen, der die Genossenschaft nicht nachgekommen ist. Die Aufsichtsbehörde des Landes Niederösterreich hat sofort auf den Bericht des Masseverwalters reagiert und umgehend eine Sachverhaltsdarstellung bei der WKStA eingebracht, die nach Prüfung der Causa die nächsten Schritte gegen die Verantwortlichen der Eigentum eingeleitet hat.“* Dieses offensichtliche Verschwinden weiterer Vermögenswerte wirft zusätzliche bedeutsame Fragestellungen auf.

Ein Blick in die Causen GESFÖ, Riedenhof und Buntes Wohnen bzw. Pannonia rund um den umstrittenen Immobilienmogul und Milliardär Michael Tojner offenbart allerdings weitere mögliche Parallelen. Es wird auf die geltende Unschuldsvermutung für alle Genannten und Beteiligten verwiesen. „Der Standard“ berichtet im Artikel „Causa Tojner: Ermittler prüfen "Insichgeschäfte" und "erfundene Rückstellungen““ vom 10.03.2021 von fingierten Rückstellungen. Diese sollen letztlich dazu gedient haben, die Immobilienwerte des Unternehmens künstlich zu reduzieren. So sollen Rückstellungen für Projektverzögerungen, Prozessrisiken usw. fingiert worden sein.

Auffällig ist die Entwicklung der Rückstellungen auch im Bereich der „die EIGENTUM“. Lagen diese zum Bilanzstichtag 31.12.2013 noch bei rund EUR 483.000, nahmen sie ab 2016 rapide zu und lagen im Jahr 2019 bei mehr als EUR 12 Millionen. Dabei stellt sich die Frage, ob diese Rückstellungen zulässig gebildet worden sind – und für

welchen Zweck. Oder ob es sich um fingierte Werte handelt mit dem Ergebnis, dass die zugunsten Niederösterreichs zu zahlenden Geldleistungen künstlich gedrückt worden wären.

Der Gefertigte stellt daher an den Landesrat für Wohnbau, Arbeit und internationale Beziehungen Dr. Martin Eichinger folgende

Anfrage

1. Wann hat die Aufsichtsbehörde von den gegenständlichen unlauteren Zahlungsflüssen erfahren?
2. Wann wurde durch die Aufsichtsbehörde eine Sachverhaltsdarstellung bei der WKStA eingebracht?
3. Welchen Wortlaut hat diese Sachverhaltsdarstellung?
4. Welches Volumen machen diese unlauteren Zahlungsflüsse insgesamt aus?
5. Innerhalb welchen Zeitraumes fanden diese unlauteren Zahlungsflüsse statt?
6. Über welchen Höchstwert an Liquidität verfügte „die Eigentum“ seit rechtskräftiger Aberkennung des Status der Gemeinnützigkeit?
7. Welche konkreten Maßnahmen wurden wann gesetzt, um diese Liquidität zur Bedeckung der Geldleistung(en) gem. § 36 WGG zu sichern?
8. Wie entwickelten sich die Rückstellungen im Zeitverlauf seit dem Entzug der Gemeinnützigkeit und für welche Zwecke wurden diese jeweils konkret gebildet?
9. Konnte bereits festgestellt werden, ob die Rückstellungen jeweils reale Hintergründe hatten und ihr Ausmaß gerechtfertigt ist?
10. Wenn ja, wie wurde dies jeweils plausibilisiert?
11. Wenn nein, weshalb wurde dies nicht überprüft, obwohl der Schaden für Niederösterreich auch hier mehrere Millionen Euro umfassen kann?